

Pressemitteilung der ukw - 29.10.2018

Nach dem Bürgerentscheid ist vor dem weiteren Engagement für bezahlbaren Wohnraum

Die Unabhängigen Kelkheimer Wählerinitiative (ukw) wertet die hohe Wahlbeteiligung von 70 % beim Bürgerentscheid zum Erhalt und zur Sanierung des ehemaligen Pfarrzentrums in der Feldbergstraße und die damit verbundene Meinungsäußerung von ca. 15.000 Kelkheimerinnen und Kelkheimern als positiven Beleg für Demokratie in unserer Mitmachstadt, auch wenn bei der ukw verständlicherweise die Enttäuschung überwiegt.

Das große Engagement der Befürworter des Bürgerentscheids verdiene entsprechende Anerkennung, es sollte aber auch nicht vergessen werden, dass sich für die Gegenargumente ebenfalls viele Menschen eingesetzt haben.

„Natürlich hätten wir uns gewünscht, dass sich mehr Bürgerinnen und Bürger für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum aussprechen und helfen würden, die mit Sanierung, Umzug und Betrieb des Museums verbundenen Kosten und finanziellen Risiken zu vermeiden“, so die Fraktionsvorsitzende der ukw Doris Salmon, „aber selbstverständlich respektieren wir das Votum und werden uns auch weiterhin für die Zukunft des Museums engagieren.“

Gefordert sind, so die ukw, jetzt die Initiatoren des Bürgerbegehrens sowie die Parteien CDU und SPD, die sie unterstützten, und zwar in dreierlei Hinsicht. Erstens, dass der genannte Kostenrahmen von 1,2 Mio. Euro nicht überschritten wird, zweitens, dass die versprochenen Zuschüsse, Sponsorengelder und Spenden auch tatsächlich fließen, und drittens, dass sich weder der laufende Unterhalt noch das zum Betrieb dauerhaft nötige Personal als Pferdefuß in der Euphorie des Wahlerfolgs erweisen.

Gerade weil an der Feldbergstrasse eine einmalige Chance zur zügigen Schaffung bezahlbarer Wohnungen, z.B. in einem Mehrgenerationenhaus, verpasst wurde, wird die ukw sich weiter verstärkt für die Förderung von bezahlbarem Wohnraum in Kelkheim einsetzen. Auf dem ehemaligen Feuerwehrgelände an der Zeilsheimer Straße in Münster besteht dazu nun weiterhin eine gute Gelegenheit, und die ukw fordert alle anderen Parteien auf, dort jetzt ihren Worten Taten folgen zu lassen. Dies könnte zumindest ein Schritt auf dem Weg zur Lösung dieses drängenden Problems sein, weitere müssen aber unbedingt noch folgen.